

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

**Sonder-
nummer**

Preis 0.20



**Polizei-Aktion
gegen den KB**

ERKLÄRUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

zur Polizeiaktion gegen den KB
am 7.6.72

zum Vorgehen von Berichterstat-
tern des ZDF am 10.6.72 im und
vorm Buchladen ARBEITERBUCH



Am 6.7. stürmten nachmittags gegen 17.20 Uhr massive zivile und uniformierte Polizeikräfte mit MP-Bewaffnung eine Wohnung in der Hochallee im Hamburger Stadtteil Harvestehude. Von dieser Wohnung wird seit Jahren angenommen, daß es ein "Zentrum" des KOMMUNISTISCHEN BUNDES bzw. seiner Vorläuferorganisation S. A. L. Z. ist.

Insgesamt 9 Bewohner und zufällig Anwesende wurden - größtenteils ohne Angabe von Gründen und einige in Handschellen - aufs Polizeipräsidium abgeführt. Die Wohnung wurde durchsucht, gründlich fotografiert, von Schreibmaschinen wurden Schriftproben genommen usw. Alles ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl. Für "solche Fälle" brauchten sie auch keinen, erklärte ein Polizeimeister. Ein Zimmer wurde mit dem Ruf gestürmt: "Wo haben sie ihre Waffen versteckt?". Auf die Gegenfrage, warum auf der angeblichen Suche nach versteckten Waffen die Polizeibeamten sich verschiedene Aktenordner der Bewohner anschauten, wurde kurzerhand geantwortet: "Das hängt alles miteinander zusammen."

Die Polizeibeamten hinderten die Festgenommenen mit vorgehaltener MP und entscherten Pistolen daran, sich mit einem Rechtsanwalt in Verbindung zu setzen. Eine Bewohnerin, die dennoch unter Berufung auf ihr "Recht als Staatsbürger" mit einem Anwalt telefonieren wollte, wurde gewaltsam vom Telefon weggezerrt. Dazu erhielt sie die Belehrung: "Sie sind überhaupt kein Staatsbürger".

Schließlich konnte nur von Außenstehenden zwei Rechtsanwälte benachrichtigt werden. Ihnen gelang es dann auch erst nach längerer Weigerung der Einsatzleitung, den "Grund" für die Polizeiaktion zu erfahren: Angeblich bestand "dringender Verdacht auf Begünstigung einer kriminellen Vereinigung". Die gegen mittags 13.00 Uhr in der Hamburger Innenstadt verhaftete Gudrun Ensslin soll einen Zettel bei sich gehabt haben, auf dem die Adresse des Hauses in der Hochallee angegeben gewesen sei. Die Wohnung von KB-Genossen wurde als "letzter Schlupfwinkel der Ensslin" bezeichnet. Sie soll angeblich morgens beim Verlassen der Wohnung beobachtet worden sein. Ähnlich lautende Informationen gab die Polizei offenbar auch an die Presse.

In einem Fall wurde die Festnahme sogar mit "Verdacht auf Mord und Totschlag" begründet.

Nachdem die Festgenommenen einige Stunden in Einzelzellen des Polizeipräsidiums gesessen hatten, erkenntungsdienstlich behandelt und teilweise einem Verhör unterzogen worden waren, wurden sie wieder freigelassen. Die Sache sei "erledigt". Die verantwortlichen Polizeibeamten

weigerten sich allerdings, die angefertigten Fahndungs-fotos und Fingerabdrücke in Gegenwart der Betroffenen wieder zu vernichten.

Die Presse meldete lakonisch: "Kein Zusammenhang zu Baader-Meinhof". Die vom KOMMUNISTISCHEN BUND veröffentlichte Presse-Erklärung (siehe Anhang) wurde, mit Ausnahme der "Bergedorfer Zeitung", übergangen. Eine schriftliche Erklärung der Polizei liegt bis heute nicht vor.

ANGEBLICHE VERBINDUNG ZU BAADER/MEINHOF WAR BLOSSER VORWAND

Weshalb wurde die Polizeiaktion wirklich durchgeführt?

1. Die Polizei behauptet: im "Ensslin-Schlupfwinkel" nach Sympathisanten oder "Randfiguren" der "Roten Armee Fraktion" gefahndet zu haben. Die Durchsuchung der Wohnung wurde aber erst mehrere Stunden nach der Verhaftung G. Ensslins vorgenommen, als die Meldung darüber schon durch die Mittagsnachrichten gegangen war. Die Polizei fertigte eine Frage nach der Begründung für die Durchsuchung mit der Antwort ab: "Das habt ihr doch schon im Radio gehört." Wenn jemand Grund gehabt hätte zu flüchten, hätte das lange vor der Polizeiaktion geschehen können.
2. Die Polizei behauptet: es sei ein Hinweis bei G. Ensslin auf die Wohnung gefunden worden. Tatsächlich wurde bei G. Ensslin aber ein Ausweis gefunden, ausgestellt auf den Namen: "Margarethe Reins, Hochallee 21", versehen mit dem Geburtsdatum von G. Ensslin - eine Fälschung also. Tatsächlich wohnt in diesem Haus auch ein Ehepaar Reins, allerdings nicht in der durchsuchten Wohnung. Diese Tatsache war der Polizei wohl bekannt. In den Verhören auf dem Polizeipräsidium wurden die Festgenommenen mehrmals nach diesem Ehepaar befragt.

In der durchsuchten Wohnung von Mitgliedern des KOMMUNISTISCHEN BUNDES wohnt ein Genosse mit Nachnamen: Reents. Er ist der Polizei als Verantwortlicher des ARBEITERKAMPF-Verlages bekannt. Er wurde mit der Bemerkung festgenommen: "Das hier ist Reents".

Handelte es sich um eine Namensverwechslung? Das ist schon deswegen ausgeschlossen, weil beide Namen deut-

lich unterscheidbar an verschiedenen Wohnungstüren des Hauses stehen, der Name des Ehepaars Reins zudem noch neben der Haustür. Die durch den offensichtlich gefälschten Ausweis hergestellte angebliche Baader-Meinhof-Verbindung ist, wenn überhaupt nicht nur erfunden, nicht von Interesse gewesen für die Polizeiaktion. Sie war nur ein Vorwand. Sie gab der Polizei die günstige Gelegenheit, ihre gezielte Aktion gegen das mutmaßliche "Zentrum" des KOMMUNISTISCHEN BUNDES nachträglich mit einer Namensverwechslung zu rechtfertigen.

3. Nur um den Vorwand aufrechtzuerhalten, wurde den Festgenommenen im Polizeipräsidium die unsinnige Frage gestellt, ob Gudrun Ensslin bei ihnen gewohnt hätte. Dann wurde zum eigentlichen Thema übergegangen. Es wurde versucht, die Festgenommenen nach ihren persönlichen Verhältnissen und politischen Verbindungen auszufragen. Den Beamten auf dem Polizeipräsidium lagen offensichtlich namentlich ausgestellte Personalbögen vor; aus den Personalakten konnte die Polizei Namensangaben der zur Person befragten Genossen ergänzen. Die Beamten behandelten einige der Festgenommenen wie "alte Bekannte", versuchten sogar, angebliche "Funktionäre" gegen "einfache Mitglieder" auszuspielen. Bei der erkenntungsdienstlichen Behandlung wurde - zu laut - nach der "KB-Akte" verlangt. Haus und Wohnung sind der politischen Polizei nachweislich aus ihrer Überwachungstätigkeit bekannt. Noch am gleichen Tage, bevor G. Ensslin verhaftet wurde, konnte verstärkte Spitzeltätigkeit vor dem Haus beobachtet werden, und zwar seit den frühen Morgenstunden. Bei ihrer Durchsuchung verfügte die Polizei über einen Bauplan der Wohnung, sowie offensichtlich über Lagepläne der angrenzenden Häuser und des Hinterhofes: sämtliche denkbar möglichen Fluchtwege rund ums Karee waren von starken Posten besetzt.
4. Vor ca. zwei Wochen wurde vor genau diesem Haus in der Hochallee von der Polizei eine begrenzte Übung durchgeführt. Sie entsprach in der Planung genauestens der jetzt durchgeführten Aktion.
5. Die Wohnung soll ein "Schlupfwinkel" gewesen sein. Die Durchsuchung nach Waffen, Bomben usw. erfolgte aber überaus oberflächlich. Ein Hund schnüffelte alles nach Rauschgift ab - fand aber nichts. Umso mehr galt die Aufmerksamkeit der Polizei der Einrichtung der Ar-



beitsräume und den persönlichen Unterlagen und Dokumenten der Wohnungsinassen. Polizisten machten sich gegenseitig aufmerksam, daß "massenhafte Beweise" in der Wohnung zu finden seien, "wo immer die Schmierblätter gemacht werden".

6. An ein Versehen oder eine Zufälligkeit ist umso weniger zu glauben, als der sozialdemokratische Polizei-Senator Ruhnau erst kurz zuvor am 24.5.72 im Verlauf der Bürgerschaftsdebatte über den "Bombenterror" ausdrücklich auf den KOMMUNISTISCHEN BUND zu sprechen kommt. Er bezog sich auf die Informations-Veranstaltung des KB: "Wem nützen die Bomben bei Springer?" zwei Tage zuvor. Auf dieser Veranstaltung wies der KB nach, daß die Bourgeoisie auf eine brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung hinsteuert. Es wurden verschiedene konkrete Tatsachen enthüllt, wo faschistische Kreise und Staatsorgane Provokationen anzettelten, um sie den Linken anzulasten und die Arbeiterklasse von der kommunistischen Bewegung abzuhalten. Wegen dieser Enthüllungen geriet der KB in das Schußfeld des Polizei-Senators. Und diese Enthüllungen waren auch einer der Gründe für die Polizeiaktion in der Wohnung von KB-Genossen. Ruhnau sagte zur Informations-Veranstaltung des KB, es gehe im Augenblick "die Legende um, die Bomben würden vom Verfassungsschutz gelegt". Das könne man nicht einfach "als Geschrei von Irren abtun", wenn man bedenke, daß "zu einer Veranstaltung 800 junge Menschen kommen, die das glauben und frenetisch Beifall klatschen". Hiergegen gelte es verstärkt und sofort konkrete Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere gegen den KB. Es müsse "mit den jungen Menschen überlegt werden, wie die Gesellschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu verändern ist". Darüberhinaus komme es dringend darauf an, die "Aufforderung zur Gewalt" unter Strafe zu stellen. SPD-Bürgermeister Schulz forderte eine Unterbindung des "Mißbrauchs der Freiheit der Aussage" für diejenigen, "die mit Gewalt sympathisieren, ob sie nun in politischen Organisationen sitzen, in Redaktionen, Universitäten."

Wenn die Polizei behauptet, sie habe die Wohnung von Mitgliedern des KOMMUNISTISCHEN BUNDES gestürmt, weil Verdacht der Verbindung zur Baader-Meinhof-Gruppe bestanden hätte, so beweisen die Tatsachen, daß die Po-



lizei lügt. Der Hinweis in Gurdun Ensslins Papieren - wenn nicht künstlich konstruiert - wurde zum Anlaß genommen, eine schon in allen Einzelheiten geplante Polizeiaktion gegen den KOMMUNISTISCHEN BUND vorzubereiten.

Z D F VERSUCHT PROVOKATION GEGEN LINKE BUCHLÄDEN

Drei Tage später, am Samstag, den 10. 6. 72, folgte der nächste Versuch, den KB in die Nachbarschaft der "Baader-Meinhof-Gruppe" zu bringen.

In der Nacht von Freitag auf Samstag hatten bisher Unbekannte die Scheiben des Buchladens ARBEITERBUCH, der dem KOMMUNISTISCHEN BUND nahesteht, mit den Worten beschmiert: "Solidarität mit der RAF" sowie: "Der Kampf geht weiter auch ohne Euch". Die Schmiererei sollte "offensichtlich" als eine Antwort auf die in der Informationsveranstaltung des KB geäußerte Kritik an der "Roten Armee Fraktion" erscheinen. "Merkwürdigerweise" aber war schon vor Ladenöffnung gegen 9.00 Uhr morgens ein Aufnahme-Team des ZDF-Magazins zur Stelle, dessen Auftraggeber der berühmte Hetzer Löwenthal ist. Der Leiter des Teams war Zeuge, wie ein Angestellter des Ladens wegen der als Provokation gemeinten Schrift auf dem Schaufenster die Polizei benachrichtigte und Anzeige gegen Unbekannt erstattete. Aber erst als sich die Angestellten daran machten, die Schmierereien zu entfernen, gab der ZDF-Aufnahmeleiter Befehl zu filmen. Er kommentierte dazu ins Mikrofon, im Laden gäbe es etwas zu verbergen - Bücher, die zu Gewalt und Terror aufriefen, schlimmer als Bomben - der Laden sei offensichtlich bemüht, seine Verbindung zur "Baader-Meinhof-Gruppe" zu vertuschen usw. Wenig später versuchte der Kameramann Nahaufnahmen der Angestellten gegen deren Willen zu machen. Als deshalb jemand mit der Hand die Kamera abdecken wollte, rief der Aufnahmeleiter sofort zwei Peterwagen herbei. Es habe eine Schlägerei gegeben, Angestellte des Buchladens würden die Freiheit der Berichterstattung des ZDF einschränken, das sei Terror usw. Es gab einen Menschenauflauf (den ersten seit Eröffnung des Buchladens vor zwei Jahren). Während dieser ganzen Zeit wurde für das ZDF-Magazin gefilmt und Tonaufnahmen gemacht. Anschließend begab sich das Team auch noch in den Buchladen "Manifest" und in die "Internationale Buchhandlung", um das Gleiche zu versuchen. In der "Internationalen Buchhandlung" versuchte dieser Herr Bormann, der Aufnahmeleiter des Teams, sich den Kauf eines angeblich aus dem Laden stammenden Buches quittieren zu lassen. Das Buch enthielt Rezepte für Molotow-Cocktails u.ä. Pech für den Herrn! Die Verkäufer waren wachsam: Ein solches Buch wird in dem Laden nicht gehandelt. Er hatte sich das Buch also offensichtlich selbst mitgebracht.

Es ist offenbar, daß Löwenthal geschulte Provokateure einsetzt, die sich die "Schlägerei", den "Terror", die "Gewalt", über die sie herziehen wollen, erst eigenhändig



schaffen: Die alte Taktik eines agent provokateurs - hier in der widerwärtigen Maske des biedereren Berichterstatters.

Die Absicht der Auftraggeber eines Löwenthal und seiner diensteifrigen Helfer ist klar. Schon am 4. 6. 72 gab die "Welt am Sonntag" unter dem Titel: "Linke Buchläden - Bomben überm Ladentisch" das Stichwort: "Über ihre Theken geht brenzlige Literatur, Bücher, Broschüren, Gazetten, Flugblätter werden dort verkauft, die gefährlicher sind als Sprengstoff." Und: "Im 'Arbeiterbuch', diesen Laden, den ein Arbeiter wohl kaum betritt, in der 'Internationalen Buchhandlung', für die die Internationalität nur im Osten angesiedelt ist, im außen blau- und innen rotgestrichenen 'Spartacus' - in allen diesen Läden stapeln sich die Anleitungen zur Taktik und Strategie der Gewalttat und die pseudowissenschaftlichen Rechtfertigungen der Gewalt. Die beste aller Welt soll aus den Mündungen der Gewehre kommen. Die Utopie soll herbeigesprengt werden. Und: 'So werden Buchstabe, Wort, Satz und Buch zum Terror genutzt'. Es gehen 'Paperbacks als Bomben über den Ladentisch'."

Sowohl das "Arbeiterbuch", als auch die "Internationale Buchhandlung" leiteten sofort juristische Schritte gegen den Aufnahmeleiter des in Hamburg arbeitenden Teams ein. Noch vor dem Sendetermin am Mittwoch ließ das ZDF dem Rechtsanwalt des "Arbeiterbuches" mitteilen, daß Herr Löwenthal darauf verzichten werde, die Schmierereien an den Fenstern des "Arbeiterbuch" für die Sendung auszunutzen. Die Sendung hielt sich auch tatsächlich daran, sodaß eine spezielle Diffamierung gerade dieser Buchhandlung und der "Internationalen Buchhandlung" ausblieb. Dies ist als, wenn auch bescheidener, Erfolg gegen die Machenschaften eines Löwenthal und seiner braunen Clique zu werten. Darüberhinaus aber bewies die Sendung, wie die Hetze auf die "Rote Armee Fraktion" propagandistisch genutzt wird, um jede fortschrittliche Regung in diesem Lande als kriminell zu diffamieren.

Die Angriffe der schwarz-braunen Presse, Rundfunk und Fernsehen auf die linken Buchläden sollen das Klima für die Einführung einer offenen politischen Zensur schaffen.

SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG

So wie in Hamburg werden auch in anderen Städten kommunistische Gruppen mit der "Roten Armee Fraktion" in Verbindung gebracht: in Frankfurt, München, Berlin, aber auch in kleineren Städten wie Göttingen oder Oldenburg. Auch die DKP ist davon nicht ausgenommen. Im Zuge der verstärkten Fahndung wurden neuerlich schärfere Maßnahmen gegen den "geistigen Hintergrund der politischen Kriminalität" ("Welt") gefordert.

Die CDU formulierte als ihr Wahlprogramm den "Kampf gegen den Sozialismus". In der Debatte des Parlaments zur "Inneren Sicherheit" wurde nachdrücklich die Frage diskutiert, das KPD-Verbot wieder anzuwenden. Die Innenminister der Länder verlangen, jede "Aufforderung zur Gewalt" unter Strafe zu stellen. Damit könnte jede Demonstration, jeder Streik, jede Versammlung unterbunden werden. Vereinzelt werden bereits konkrete Einschränkungen der demokratischen Freiheiten für Kommunisten durchgesetzt. In Oldenburg z.B. verlangen die Behörden unter Berufung auf bereits bestehende Gesetze, daß Flugblätter mindestens 5 Tage vor der Verteilung angemeldet sein müssen. Auf diese Weise soll den Kommunisten die propagandistische Unterstützung spontaner Aktionen usw. völlig unmöglich gemacht werden.

Die Hetze ermöglicht der Bourgeoisie sogar schon, öffentlich die Zusammenarbeit von westdeutschen und anderen europäischen Geheimdiensten mit den Spitzelorganisationen von faschistischen Ländern zu propagieren. So schreibt die FAZ am 9. 6.: "In Rom haben sich die Chiefs der Geheimdienste der europäischen Staaten versammelt, um auf europäischer Ebene die Erscheinungen des Terrorismus zu behandeln". Herr Benda geht bei Franco und Pattakos in die Schule. Die geheimen Beziehungen eines F.J. Strauß zu den griechischen Obristen, die Verschönerung des griechischen mit dem italienischen Geheimdienst gegen die italienische Demokratie werden salonfähig!

Zur gleichen Zeit beobachten wir, wie sich die reaktionären Groschenblätter, aber nicht nur diese, sondern auch so liberale Blätter wie die FR darum bemühen, dem Volk die Notwendigkeit und Ehrenhaftigkeit der Geheimdienstarbeit anzudienen.

Seit der Baader-Verhaftung ist es offenbar kein Geheimnis mehr: Springers "Bild" berichtet von der Arbeit des V-Manes Urbach, wie er bereits lange vor den Schüssen bei der Baader-Befreiung im Mai 1970 mit Horst Mahler und Andreas Baader zusammenarbeitete.

"Bild" schreibt jetzt offen: "Der Verfassungsschutz hat die Baader-Meinhof-Bande offenbar unterwandert. Das soll auch zur Verhaftung von Baader, Meins und Raspe geführt haben. Denn der vierte Mann von Frankfurt ist, wie jetzt bekannt wurde, ein eingeschleuster Mann des Verfassungsschutzes gewesen. Er wurde nur zum Schein festgenommen". Und die "Quick" schreibt in aller Unverschämtheit: "Die Verhaftung der drei Terroristen zu diesem Zeitpunkt (gemeint: Dienstag 30. 5. - am 1. 6. erfolgte die Verhaftung d.V.) wäre ein Kinderspiel gewesen. Doch die Sicherungsgruppe

rechnete sich eine größere Erfolgschance aus: Für die zum 2. Juni mittlerweile nicht nur für Stuttgart, sondern auch für andere deutsche Städte angedrohten Bombenattentate könnte sich, so vermuteten die Fahndungsexperten, die ganze Baader-Meinhof-Bande im Hofeck 2-4 versammeln. Die einmalige Möglichkeit, die ganze Bande fassen zu können, war nicht auszuschließen".

Man wußte Bescheid! Baader, Meins und Raspe hätten vor den Ereignissen von Stuttgart verhaftet werden können, für die sie im übrigen gar nicht verantwortlich waren, wie die RAF in einem Schreiben an die "Deutsche Presse-Agentur" erklärte. Der Verfassungsschutz hat seine Spitzel und Provokateure nicht erst seit kurzem in die RAF eingeschleust - und auch nicht nur dort. Das ist inzwischen offen zugegeben. Wenn wir annehmen, daß einige der Bombenattentate der letzten Zeit tatsächlich aus den Reihen der RAF kommen, so müssen wir daher auch annehmen, daß die Polizei sie hätte verhindern können - wenn sie gewollt hätte. Aber die Reaktionäre brauchen die Bomben und Bombendrohungen, und haben (wie aus verschiedenen Fällen bekannt) sicher auch hier noch das ihrige dazu getan, um Angst, Unsicherheit und möglichst noch Haß auf die Linken in der Bevölkerung zu schüren. Es mußten eben erst einige Bomben explodieren, damit die Hetze der reaktionären Presse auch eine glaubhafte Grundlage hat. Solange dies nicht geschehen war, versuchten die Staatsorgane und die bürgerliche Presse so gut es ging zu vertuschen, daß der Verfassungsschutz seine Leute längst in der Gruppe hatte. Aber jetzt sind einige Bomben explodiert. Jetzt wird ein Schritt weitergegangen. Durch die Verhaftung von einigen RAF-Angehörigen will der Staat der Bevölkerung, die er zunächst selbst in Angst versetzt, sein erprobtes Mittel zu Bekämpfung dieser Angst demonstrieren. Die Kapitalisten preisen ihre "Erfolgchancen" gegen den "Terror von links" an: die Polizei-Aktion. Der Staat muß "stärker" werden; mehr Polizei, härtere Polizei, Polizei mit Maschinenpistolen, schießende Polizei, Bundesgrenzschutz, Militär! Die Polizei muß von der Bevölkerung unterstützt werden! Ein teuflisches Spiel: Der Staat organisiert den offenen Terror als legale Macht, um den angeblichen "Terror von links" zu bekämpfen. Das ist nicht eine Rückschau auf den Nazi-Faschismus von 1933-45, sondern soll nach dem Willen der westdeutschen Bourgeoisie eine Vorschau auf die 70er und 80er Jahre werden. Die Kapitalisten haben bereits angefangen, dem Volk die ersten Kapitel davon vorzulesen. Die Regie dafür wurde - wie schon einmal - der SPD übertragen. Die entscheidenden Kapitel aber sollen dann Strauß & Co. übernehmen - wie schon einmal!

Die ersten Bomben sind explodiert. Die erste Welle der Hetzkampagne gegen "linke Terroristen" findet ihren Abschluß. Viele der Beschuldigten: Baader, Meins, Raspe, Ensslin, Grashof usw. sind verhaftet. Inzwischen wurde auch Ulrike Meinhof verhaftet. Die zweite Welle wird damit angepöfcht: Das Übel sitzt tiefer. Die Helfershelfer der Baader & Meinhof sind viel gefährlicher; die revolutionäre Linke insgesamt, die auf gewaltsame Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft (weil es anders nicht

möglich ist) nicht verzichten will; die kommunistische Betriebsarbeit; die linken Buchläden, die Bomben in Form von revolutionärer Literatur vertreiben; die linken Rechtsanwälte, die besser selbst auf die Anklagebank gehörten, als daß sie die darauf Sitzenden vor der Klassenjustiz verteidigen; die Brückners und Bölls; die "Verharmloser". Das Volk soll seinen Henker möglichst laut rufen. Baader und Meinhof konnten verhaftet werden - von der Polizei, mit Hinweisen aus der Bevölkerung, wie es heißt. Das Übel sitzt tiefer - also brauchen wir mehr Polizei und die Polizei mehr Unterstützung aus der Bevölkerung. Die SPD spricht vom "Sieg der Demokratie", die CDU/CSU erhebt ihre Forderung nach einer "stärkeren Mitte", Axel Cäsar Springer verlangt kurzum: "mehr Staat". Nur in eine aufgewühlte Bevölkerung, die wie zum Bürgerkrieg hysterisiert wird, kann der Samen der bürgerlichen Demagogen gepflanzt werden, aus dem die Legende der "kommunistischen Weltverschwörung", der "Internationale des Terrors" hervorgehen kann. Nur eine aufgewühlte und verängstigte Bevölkerung kann empfänglich sein für die Parolen der westdeutschen und internationalen Kapitalistenverbände: "Rettung des Vaterlandes", "Rettung Europas" usw. Nur auf diesen Boden können mit heuchlerischer Aufdringlichkeit die infamsten Praktiken der Kapitalistenklasse der Bevölkerung als "demokratisch" aufgedrängt werden: Der "positive Verfassungsschutz" eines Bruno Merck, bayerischer Innenminister; die "bekennenden Demokraten" eines Polizeiministers Genscher; die "positiven Leistungen" junger Menschen, die Heinemann gewürdigt haben möchte; die "Selbstheilungskräfte der Demokratie", wie Kazler Brandt es zu nennen beliebt. Nur auf dieser Grundlage kann der Versuch gemacht werden, die ganze Bevölkerung zu Lynchjustiz und "Selbsthilfeaktionen" aufzufordern.

Das ist der wesentliche Aspekt der gegenwärtigen Hetze der Bourgeoisie: Sie schafft die Legende von innerer und äußerer Bedrohung, Terror auf der Straße, Sabotage und Spionage im Betrieb, alles durch eine Verschwörung von außen gelenkt, um die Massen für ihr Konzept der "Volksgemeinschaft" und den Kampf gegen den Kommunismus zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund müssen die neuesten Schritte gegen den KB und andere kommunistische Gruppen, sowie die DKP gesehen werden.

Konkrete Maßnahmen gegen Kommunisten, wie die in Hamburg gegen den KB, haben Vorbereitungscharakter für umfassende Schläge gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Als erstes sollen die sich neu herausbildenden kommunistischen Gruppen wieder illegalisiert werden, wozu das KPD-Verbot von 1956 noch immer anwendungsbereit in der Schublade liegt. Im gleichen Zuge, wie die bewußtesten Kerne der Arbeiterbewegung zerschlagen werden sollen, will die Bourgeoisie mit ihren gesteigerten Angriffen und Repressionen gegen fortschrittliche Lehrer und gegen kritische Journalisten, gegen Anwaltskollektive und gegen Schriftsteller wie Böll mögliche Bündnispartner des Proletariats einschüchtern und auf die Seite der Reaktion ziehen.

Einen größeren Versuchsballon starteten Strauß & Co. bereits im April mit ihrer geplanten Machtübernahme im Parlament. Sie wollten testen, wie die Arbeiterklasse und die übrige werktätige Bevölkerung reagiert. Die neuerlichen Willkürmaßnahmen gegen Kommunisten sind ebenso Versuchsballons,

mit denen getestet werden soll: Wie weit können wir schon gehen? Wie reagiert die Öffentlichkeit? Wie reagieren die unmittelbar Betroffenen? Wie weit sind die Kommunisten mit dem Aufbau und der Absicherung einer Partei der Arbeiterklasse?

Im Einzelnen ist festzustellen: die Polizei-Aktion in Hamburg und andere Schritte gegen die Kommunisten dienen:

- dem Kennenlernen der kommunistischen Bewegung und ihres Verhältnisses zu den Massen
- der Einschüchterung der Betroffenen und aller mit ihnen Sympathisierenden
- der Diffamierung und Kriminalisierung der Kommunisten unter den Massen und damit der Aufhetzung der Bevölkerung gegen alle Linken
- der Gewöhnung der Polizei (sowohl des Apparats als auch der einzelnen Beamten) an Verhaftungen und an andere Aktionen gegen "Politische".

Die zu erwartenden Neuwahlen im kommenden Herbst will die Bourgeoisie offenbar zu einem wichtigen weiteren Testfall des bisherigen Erfolgs ihrer Hetz- und Provokationskampagne machen. Es ist absolut kein Wunder, daß darum gerade in der jetzigen Zeit die Pressekampagne gegen alle Linken wild gesteigert wird und die Polizei-Aktionen sich häufen. Das Kapital wird mit Sicherheit auch noch einige ihrer Trümpfe bis dahin ausspielen. Die Zeitschrift "konkret" vermutete schon, daß der Bourgeoisie es gelegen käme, wenn "Strauß oder Stücklen demnächst, unverletzt und mit einigen harmlosen Schrammen geehrt, knapp einem Attentat entgehen". Bereitwillige Helfer für ihre "Strategie der Spannung" findet die Bourgeoisie sowohl in faschistischen Gruppen als auch in ihrem Staatsapparat, beim Verfassungsschutz, usw. Ein deutlicher Rechtsruck bei kommenden Wahlen gäbe der Bourgeoisie eine noch bessere "Legitimation" und noch bessere Möglichkeiten für eine schnellere Gangart in ihrem teuflischen Spiel.

Die Bourgeoisie hat die Zeichen auf Kampf gesetzt. Die Arbeiter können sich dem nicht entziehen, wenn sie sich nicht freiwillig einer immer offeneren Willkür unterwerfen wollen. Sie müssen auf ihre eigene Kraft gestellt ihre eigene Kampffront aufbauen. Heute müssen verstärkte Anstrengungen zur Herstellung der Aktionseinheit gemacht werden - die Bourgeoisie wartet nicht! Höchste Wachsamkeit gegenüber allen Schritten der Kapitalisten, ihrer Regierung, ihres Parlaments und ihrer Parteien ist notwendig. Jedem Angriff auf noch bestehende demokratische Rechte muß entschlossen entgegengetreten werden. Wo die Arbeiter zusammenstehen, da kommt der Faschismus nicht durch! Besondere Gefahr droht gegenwärtig der schrittweisen Illegalisierung der kommunistischen Organisationen. Wir dürfen uns nicht Zirkel für Zirkel fertigmachen lassen. Jeder Angriff der Reaktion muß in der Öffentlichkeit und besonders unter den Arbeitern enthüllt werden. Zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften eine einheitliche Stoßkraft gegen die zunehmende Faschisierung herstellen - das ist ein Gebot der Stunde!



Am selben Tag, an dem Gudrun Ensslin verhaftet wurde, wurde kurz nach 17.00 Uhr auch eine Wohnung in der Hochallee von starken, bewaffneten Polizeieinheiten in Zivil und uniformiert umstellt. Mit Maschinenpistolen ausgerüstete Polizisten drangen in die Wohnung ein und nahmen die dort Anwesenden fest, insgesamt 8 Personen.

Im weiteren wurde die Wohnung durchsucht und detailliert abfotografiert - ohne etwas zu "finden".

Polizisten behaupteten, bei der heute verhafteten Gudrun Ensslin einen Zettel mit der Adresse dieser Wohnung gefunden zu haben. Weiter wurde gesagt, dies sei "die Wohnung der Frau Ensslin".

Die betroffene Wohnung gilt seit Jahren als ein Zentrum des KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB), Gruppe Hamburg, bzw. seiner Vorläuferorganisation, Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ). Diese Tatsache ist auch allen Polizeidienststellen wohlbekannt.

Mit diesen Polizeiaktionen soll eine Verbindung zwischen den Bombenanschlägen der letzten Wochen und den Kommunisten hergestellt werden. Den Festgenommenen wurde von Polizeibeamten erklärt, daß gegen sie wegen Verdacht der "Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" (gemeint ist die RAF) ermittelt werde. Ein in der Wohnung Anwesender wurde gar mit der abwegigen Begründung festgenommen, daß gegen ihn Verdacht wegen "Mord" und "Totschlag" bestehe. Noch am selben Abend mußten alle 9 Festgenommenen, wie es nicht anders zu erwarten war, auf freien Fuß gesetzt werden.

Dies ist ein Versuch, Kommunisten zu kriminalisieren. In Teilen der Presse wird schon seit längerem eine angebliche "ideologische Verwandtschaft" zwischen Kommunisten und den Bombenanschlägen konstruiert. Um aber die Kommunisten und andere linke Kräfte mit der RAF in einen Topf werfen zu können, braucht man mehr, braucht man "konkrete Hinweise"; braucht man einen Zettel in der Tasche von Gudrun Ensslin.

Wer hat den Zettel in ihre Tasche gesteckt?

Selbst die Bild-Zeitung gibt offen zu, daß die RAF vom Verfassungsschutz unterwandert ist. Mit solchen Zetteln kann in der Tat alles und jedes "belegt" werden. Auf dieser Basis kann jeder nach Wunsch als "Krimineller" diffamiert, verhaftet, verklagt, eingesperrt werden. Unter dem Vorwand der Fahndung nach der RAF ist ein gezielter Schlag gegen eine Organisation geführt worden, die dem Staat offenbar gefährlich erscheint.

Der KOMMUNISTISCHE BUND protestiert dagegen, daß auf Grundlage der angezettelten RAF-Hysterie demokratische Rechte außer Kraft gesetzt werden und polizeistaatlicher Willkür Tür und Tor geöffnet wird.

Wem nützen die Bomben bei Springer?

Unter diesem Titel hielt der Kommunistische Bund am 29. Mai eine Informationsveranstaltung ab, auf der mehrere Referate zu folgenden Themen gehalten wurden:

1. Die Bomben vom 19. Mai; Widersprüche über den Ablauf und die Reaktion der Kapitalisten
2. Zur Provokationsstrategie der Kapitalisten; Infiltration der linken Bewegung und Provokation durch Verfassungsschutz und faschistische Agenten.
3. Kritik an der Roten Armee Fraktion (RAF)
4. Die Provokationsstrategie der italienischen Kapitalisten; als Beispiel, womit wir bei entfalteteren Klassenkämpfen zu rechnen haben
5. Zur kommenden Entwicklung in Westdeutschland und zu den Aufgaben der Arbeiterbewegung in der nächsten Zeit.

Wegen der großen Nachfrage werden wir die Referate in einer Sonderbroschüre nochmals veröffentlichen.

Bestellungen sind zu richten an:

Verlag Arbeiterkampf
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Außerdem erhältlich im

Arbeiterbuch
KG Politische Buchhandlung
GmbH & Co.
2 Hamburg 13
Grindelhof 45
Telefon 45 38 01

Iwan Popow

Als die Nacht verging

Teil 1 u. Teil 2 je 6,-

Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte. Wie immer in Zeiten, in denen die Arbeiterklasse den härtesten Schlägen der Reaktion ausgesetzt ist, machen sich auch in ihren Reihen Tendenzen der Resignation und der Schwankungen geltend, für die besonders die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente anfällig sind, die sich in Zeiten des Aufschwungs auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt haben. Der Kampf gegen die Liquidatoren und Menschewiki, der Wiederaufbau des weitgehend zerschlagenen Parteiapparates unter den schwierigsten Bedingungen der Illegalität, das Wiedergewinnen der revolutionären Arbeiter durch die Bolschewiki, all das – und daher auch der Titel: „Als die Nacht verging“ – wird in diesem Roman eindringlich dargestellt. Wir geben diesen Roman sowohl wegen seines hohen politischen Niveaus heraus, als auch um der Lehren willen, die aus ihm für die zukünftige Arbeit gezogen werden können.

Erhältlich im
arbeiterbuch

KG Politische Buchhandlung
GmbH & Co
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Zeitschrift des KB
zu Fragen der
Arbeiterbewegung

Unser Weg

überregionale
Arbeiterzeitung
des KB

Abonnement - 6 Ausgaben
4,20 DM (incl. Porto)

UNSER WEG Nr. 13

Zur kommunistischen Programmatik, Teil 1:

- Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD seit 1945
- Besteht die Gefahr eines neuen Faschismus?
- Die Lehren des französischen Mai '68
- Zusammenbruch des Weltwährungssystems
- Die Lage der wichtigsten imperialistischen Länder
- Besteht die Gefahr eines 3. imperialistischen Weltkriegs?

UNSER WEG Nr. 14

Zur kommunistischen Programmatik, Teil 2:

- Entstehung der Arbeiterpartei in Deutschland
- Arbeiterbewegung und Sozialismus
- Was ist Klassenbewußtsein?
- "KPD/ML" & "KPD/AO" - Zwei Modelle des Parteaufbaus?
- Was bedeutet die Gründung des KB?

Propagandaoffensive der Kapitalisten

UNSER WEG Nr. 15

Erfahrungen der Metalltarifrunde '72

- IGM-Führung in der Tarifrunde
- Tarifpolitik der DKP
- Ein zweites 1963

ANR - Neofaschistische Rattenfänger

Zur Diskussion im KOMMUNISTISCHEN BUND

Auflage

4 000

Abonnement
6 Ausgaben
4,80 DM
(incl. Porto)



IMPRESSUM

Druck und Verlag:

Jürgen Reents
VERLAG ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Verantwortlicher Redakteur:

Kai Ehlers, Verlagsadresse